

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss der Anzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Dr. Fritz Klauer in Dresden.

Nr. 301

Dresden, Freitag, 28. Dezember

1928

Vollentscheid über Mietsregelung in Österreich.

Wien, 28. Dezember.
Nach dem „Neuen Wiener Journal“ hat die österreichische Regierung die Absicht, die Mietsgesetze auszuheben und die Mietsfrage durch einen Volksentscheid lösen zu lassen. Das wäre der erste Volksentscheid, der in Österreich stattfindet. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß es zu dem Artikel der Verfassung, der den Volksentscheid als Willensäußerung des Volkes vorsieht, noch kein Ausführungsgebot gibt. Zunächst müssen also erst die Ausführungsbestimmungen geschaffen werden, was angeblich bereits unmittelbar nach Neujahr geschehen soll.

Neue Verschärfung in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay.

Washington, 28. Dezember.
Nachdem die Vermittlungsversuche zum Stillstand gekommen sind, da man abwartet, ob Bolivien und Paraguay den vor zwei Tagen hier ausgearbeiteten Protokollenvertrag annehmen, berichtete die „Globe“ gestern abend, die Bolivianer hätten das Fort bei Sangarraya in dem umstrittenen Gebiet wieder besetzt und ihre Truppen 12 Meilen weiter in das Innere des Gebietes vorgeschoben und dadurch wieder eine „sehr ernste Lage“ geschaffen. Die „Globe“ bemerkt, dieser Schritt sei ohne Gefahr von dem Gebiet der Bolivianer aus zu machen. Die Bolivianer hätten auch dem Verzicht geäußert, den die Regierung Paraguays an ihre Truppen ausgeben hätte, alle Feindseligkeiten einzustellen.

Die französischen Handelsabkommen mit Österreich und der Tschechoslowakei ratifiziert.

Paris, 28. Dezember.
Die Kammer ratifizierte gestern durch Handaufheben das am 16. Mai 1928 abgeschlossene österreichisch-französische und das am 2. Juli 1928 abgeschlossene tschechoslowakisch-französische Handelsabkommen und nahm die sich aus den Verträgen ergebenden Abänderungen einiger französischer Zollsätze an.

In der Debatte über das österreichisch-französische Handelsabkommen forderte der Vorsitzende des Zollausschusses, Abgeordneter Fouquet, daß der französische Minimaltarif unbedingt als äußerste Grenze für Zollermäßigungen erachtet werden müsse. Abgeordneter Gignoux führte aus, Frankreich habe seit 1919 dreierlei Arten von Abänderungen in seiner Zollgesetzgebung vorgenommen; zunächst sei es auf die Preisbegünstigungskaufel zurückgekommen, dann habe es die Zollsätze konsolidiert, schließlich habe es die Gewandtheit angenommen, unter Bewilligung von Zollfreien, die niedriger sind als der Minimaltarif, zu verhandeln. Die ausländischen Fertigfabrikate könnten mit Hand- und Maschinenwaren in Konkurrenz treten, während die französischen Industriellen gegen sie nur ankommen könnten durch Verminderung ihres Gewinnes. Um eine gerechte Konkurrenz wieder zu ermöglichen, dürfe Frankreich in Zukunft nicht unter den Minimaltarif heruntergehen. — Der Vorsitzende des Kammerausschusses für Handel und Industrie, Abgeordneter Darnand, kritisierte die Aufrechterhaltung von prohibitiven Einfuhrzöllen bei dem Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei namentlich bei Weinen und Automobilen, und erklärte, auch gegenüber Österreich zeige sich die gleiche Lage. — Handelsminister Bonnevies erinnerte in seinen Ausführungen an die Rede, in der Briand auf die Bemerkungen Frankreichs beim Völkerbund zugunsten Österreichs hinwies, und erklärte, die Kammer würde durch Ratifizierung des Abkommens nicht nur die französischen Wirtschaftsinteressen wahren, sondern auch ein diplomatisches Werk und Friedenswerk vollbringen.

Der Direktor der „Rumeur“ verhaftet.

Paris, 28. Dezember.
Der Chef der „Gazette du Franc“ scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Gestern wurde

Frankreich ein unnachgiebiger Gläubiger und unentschlossener Schuldner.

Paris, 28. Dezember.
Der halbamtliche „Excelsior“ erinnert im Zusammenhang mit der amerikanischen Weigerung, eine Verbindung der Reparations- und der Schuldenfrage zuzulassen, daran, daß Frankreich das einzige Land sei, das bisher noch nicht das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert habe. Die beiden bisher geleisteten Zahlungen stellen nur einfache Abschlagszahlungen dar. Man habe daher Grund zu der Frage, ob die französischen Sachverständigen in dem Reparationsausgleich sich nicht in einer schwierigen Lage befinden würden, da in dem Ausschuss auch Amerikaner sitzen würden. Diese hätten dann, mit Ausnahme der Franzosen, nur Vertreter derjenigen Länder vor sich, die ihre Schulden mit Amerika geteilt hätten. Wie könne die französische Regierung ihre Rolle als unnachgiebiger Gläubiger gegenüber Deutschland und als unentschlossener Schuldner gegenüber Amerika aufrechterhalten? Die französisch-amerikanische Zusammenarbeit sei für das Gelingen eines eben Kommerzialisierungsplanes der deutschen Schuld unerlässlich. Die Unterbringung der deutschen Eisenbahn- und Zinkobligationen sei nicht möglich, wenn nicht die großen amerikanischen Finanzmächte verhandelt.

Seydoux stellt Deutschlands „Wohlfahrt“ fest.

Paris, 28. Dezember.
In einem Artikel „Die Legende von der deutschen Krut“ im „Petit Parisien“ kommt der bekannte französische Wirtschaftspolitiker Seydoux zu folgendem Schluss: Die Einnahmen der französischen Eisenbahngesellschaften werden für 1928 in um den Betrag etwa 15 Milliarden Franken ausmachen. In Deutschland werden sie 5,15 Milliarden Goldmark, das heißt 31 Milliarden Franken betragen, also das Doppelte der französischen Einnahmen. Gleichzeitig beträgt der französische Staatshaushalt 45 Milliarden Franken, der deutsche 10 Milliarden Goldmark, d. h. ungefähr 60 Milliarden Franken. Das Verhältnis der deutschen Eisenbahneinnahmen zum deutschen Staatshaushalt ist also 1:2, während das Verhältnis in Frankreich sich auf 1:3 beläuft. Es gebe kein besseres Anzeichen für den Wohlstand eines Landes, das ein ausgebeutetes wohlorganisiertes Eisenbahnnetz besitze, so schreibt Seydoux, als seine Eisenbahneinnahmen.

Der Direktor der Pariser Zeitung „La Rumeur“ Anquetil erneut vom Untersuchungsrichter verurteilt und darauf verhaftet. Wie verlautet, soll einer seiner Mitarbeiter von Frau Hamau zwei Scheidung über je 75 000 Franken erhalten haben. Die Leistungen hierfür wollte Frau Hamau ursprünglich nicht der Polizei anerkennen, sah sich aber, nachdem die Tatsache dem Gericht von anderer Seite zu Ohren gekommen war, zur Rücklieferung gezwungen.

In den Wandelgängen der Kammer ist übrigens das Gerücht verbreitet, daß zwischen Justizminister Barthou und Poincaré wegen der „Gazette du Franc“ Meinungsverschiedenheiten bestehen sollen. Barthou will angeblich die ganze Geschichte nach und nach erforschen, während Poincaré alle in der Angelegenheit verwickelten Persönlichkeiten gerichtlich verfolgt sehen will.

Benoit vor dem Untersuchungsrichter.

Paris, 28. Dezember.
Der Urheber des Anschlages auf den Kolmarer Generalkonsul, der Elster George Benoit, wurde gestern nachmittag in einem ersten Verhör unterzogen. Der Angeklagte, der durch die Untersuchungshaft keineswegs gebückt scheint, hat seine gewohnte Ruhe beibehalten. Der Vernehmung wohnte sein Vertreter, der kommunistische Deputierte Vertson bei.

Man erkenne also, daß die Haushaltskassen, die auf der deutschen Wirtschaft ruhen, durch die Elemente des allgemeinen Wohlstandes viel mehr ausgeglichen seien als in Frankreich.

Die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne als Gefahr einer Kabinettskrise.

Paris, 28. Dezember.
Völlig unerwartet hat sich die Gefahr einer neuen Kabinettskrise eingestellt. Diesmal handelt es sich um die Reingehaltsverschiedenheiten des Ministerpräsidenten mit den übrigen Ministern bezüglich der Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, für die der Finanzminister Chéron im Senat eintrat, während Poincaré sich zwar nicht grundsätzlich dagegen äußerte, den Augenblick für die Behandlung der Frage aber nicht für geeignet hielt.

Während sich der Senat gestern in öffentlicher Sitzung mit der Beratung des Finanzgesetzes befaßte, herrschte in den Wandelgängen lebhaftest Bewegung, die von Minute zu Minute wuchs, sobald man sich in die feierlichen Stunden der Ministerien zurückversetzt glaubte. Am Nachmittag waren der Ministerpräsident und die Minister Briand, Barthou und Barraud im Senat hinter verschlossenen Türen zu einer Art kleinen Kabinettsrat zusammengetreten, der außerordentlich lebhaft verlief. Nach Beendigung dieser Konferenz hielten Poincaré und Finanzminister Chéron eine private Besprechung ab, worauf Poincaré, ohne ein Wort zu sagen, den Senat verließ, während die übrigen Minister von Chéron sofort zu einer neuen vertraulichen Beratung aufgefordert wurden. Man erfährt schließlich, daß die Regierung, mit Ausnahme ihres Chefs, die schon früher getroffene Entscheidung aufrechterhielt und Chéron am heutigen Freitag das Geheiß über die Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, so wie es nach der Abstimmung in der Kammer Chéron selbst neu gefaßt hatte, vertreten soll.

Heute vormittag sollte ein Kabinettsrat stattfinden, der sich noch einmal mit der Angelegenheit befaßen soll. Es ist möglich, daß es zu einer Lösung kommen wird. Da sich alle Mitglieder der Regierung darüber einig sind, die Abstimmung über den Haushalt bis zum 31. Dezember zu erledigen, besteht die Aussicht, daß auch die Frage der Einkommensteuern ebenso wie die der Unveränderlichkeiten vom übrigen Haushaltsgesetz abgetrennt werden.

Ein russischer Dampfer in China beschlagnahmt.

Peking, 28. Dezember.
In der chinesischen Hafenstadt Wu-Sung wurde der zwischen Wladivostok und Schanghai verkehrende Dampfer „Springhal“ wegen angeblicher Verletzung chinesischer und russischer Kommuniken von der Hafenverwaltung beschlagnahmt und beschlagnahmt. Insgesamt 50 Fahrgäste wurden verhaftet.

Errichtung einer syrischen Monarchie?

London, 28. Dezember.
„Daily Express“ meldet aus Paris, es verlautet, daß vorbestimmlich der Zusammensetzung der Mandatkommission der Völkerbund die syrische Verfassung vielleicht geändert und das französische Mandatgebiet Syrien in eine Monarchie umgewandelt werden würde. Die endgültige Wahl für den syrischen Thron werde wahrscheinlich auf Prinz Adil Ben Nhab fallen, dessen Kandidatur jetzt in einflussreichen Kreisen in Paris erörtert werde. Adil Ben Nhab ist ein Nachkomme der Omajyaden-Kalifen. Seine Frau ist eine Nichte des Königs Saad von Ägypten. Er selbst ist französischer Bürger, lebt in Paris und ist im Alter von 46 Jahren.

Amerikas Mitarbeit.

Die Politik des „Als ob“ scheint uns auch in der Reparationsfrage vorwärtsbringen zu können. Die Sachverständigenkonferenz wird behandelt, als ob sie tatsächlich von den Regierungen unabhängig wäre. Natürlich wird keine Regierung Sachverständige zulassen, die ihren eigenen politischen Überzeugungen gerade entgegengelehrt orientiert wären. Natürlich wird auch das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz der nachträglichen Beeinflussung durch die Regierungen unterliegen. Trotzdem hat die Fiktion, als ob die Sachverständigen unabhängig von aller Politik die Reparationsfrage nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erörterten, ihren praktischen Wert. Nur auf Grund dieser Fiktion ist es überhaupt den Vereinigten Staaten möglich, sich an der Konferenz zu beteiligen. Ohne Beilegung Amerikas hätte aber die ganze Konferenz keinen Zweck. Amerika will nicht in die politischen Händel Europas miteinbezogen werden. Es kann sich offiziell weder an einer Völkerbundaktion, noch an einer mit der Durchführung der Kriegspolitik beschäftigten Kommission beteiligen. Zeitliche Regierungsverträge und unüberwindliche Vorurteile der öffentlichen Meinung stehen dem im Wege. Aber eine angeblich unabhängige Konferenz, zu der Amerika nur angebliche Beobachter schickt, das bedeutet eine Form, die über alle Hindernisse hinweghilft. Man sieht, was unter Umständen auf die formale Behandlung einer politischen Aufgabe auskommen kann. Bei der ersten Reparationskonferenz war es nicht anders. Die ganz inoffizielle Beteiligung Amerikas war trotzdem kein Hindernisgrund den amerikanischen Bankier Charles Tamm zum Vorsitzenden zu machen, so daß er geradezu den ganzen Verhandlungen und ihrem Ergebnis den Stempel seines Namens und seiner Auffassungen aufdrücken konnte. Möglicherweise ist er auch jetzt wieder der amerikanische Vertreter. Neben ihm werden allerdings noch andere Namen genannt, so auch der des Reparationsagenten Parker Gilbert, doch tun hier Namen wirklich nicht viel zur Sache. Die Haltung Amerikas liegt in ihren großen Zügen fest.

Es geht auch das zur Politik des „Als ob“, wenn die amerikanische Regierung so tut, als ob sie eigentlich an den Reparationsfragen nicht so beteiligt wäre und nur gewissermaßen aus Eitelkeit dem atmen Europa bei der Überwindung dieser finanziellen Schwierigkeiten helfen wollte. Europa ist immer noch ein so wichtiger Kunde Amerikas, daß seine Finanzlage auch den Augen Geschäftleuten jenseits des Atlantischen Ozeans nicht gleichgültig sein kann. Dazu kommt noch das unmittelbare Interesse, daß die Vereinigten Staaten infolge des Kriegsausganges mit einem Überfluß an Kapital zu rechnen haben, der sich innerhalb ihrer Grenzen gar nicht rentabel unterbringen läßt. Dieses Kapital muß Anlagemöglichkeiten in der ganzen Welt suchen, und das Reparationsproblem ist die aussichtsreichste Geschäftsunternehmung, die es zurzeit in der ganzen Welt gibt. Auch wenn sich die Amerikaner nichts merken lassen, so ist es doch un schwer zu erraten, daß sie auf das allerintensivste an diesem Geschäft interessiert sind. So vorzüglich ihre Zusage der Beteiligung aus gehalten sein mag, so deutlich sprechen die Tatsachen. Der fünfjährige Präsident Hoover hat seinen Reiseplan geändert, um noch Anfang Januar in Washington zu sein, und der Reparationsagent Parker Gilbert ist gleichfalls dahin beordert.

Zumeist richtet sich die amerikanische Vorhitz gegen Frankreich. Man darf sagen, dies ist die erste Seite der amerikanischen Politik. Man gibt es den Franzosen sehr deutlich zu verstehen, daß amerikanische Gelder unter keinen Umständen dazu da sind, um mit ihrer Hilfe einen neuen europäischen Krieg finanziert zu lassen. Alle schönen Friedensreden der französischen Minister klingen das nächste Amerika nicht darüber hinweg, daß in Frankreich zurzeit eine Politik der gewaltigen Aufrüstung getrieben wird. Aber Kriegskredite sind ein sehr unsicheres und unrentables Geschäft. Das Bestreben der amerikanischen Geldgeber, lieber auf der soliden Basis von Friedensunternehmungen in Europa Geschäfte zu machen, bedarf sich durchaus mit dem gesamteuropäischen Interesse. Auch Frankreichs Versuch, die Reparationsfrage mit der Kriegsschuldenfrage zu verknüpfen, findet in Washington keine freundliche Aufnahme. Frankreich hat ja überhaupt die Meinung, das Reparationsproblem als den Angelpunkt